Stand: 13.12.2025 06:38:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11078

"Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11078 vom 20.04.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11935 des UV vom 12.05.2016
4. Beschluss des Plenums 17/12197 vom 29.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.04.2016 **Drucksache** 17/**11078**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schnellstmöglich einen konkreten Zeitplan vorzulegen, wann jeweils welche der von der Staatsregierung genannten Schritte für eine neue Struktur und Organisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung im Freistaat Bayern erfolgen sollen und bis wann diese Neuorganisation abgeschlossen sein wird.

Begründung:

Nicht zuletzt durch den Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs in der Folge des Bayern-Ei-Skandals wurde offenbar, dass im Bereich der Lebensmittelkontrolle in Bayern gravierende Mängel existieren, die es schnellstmöglich abzustellen gilt. Die Staatsregierung hat am 16. Februar 2016 mitgeteilt, dass Arbeitsgruppen eingesetzt werden („interministerielle Arbeitsgruppe“, „interne Projektgruppe“), um Verbesserungen bei der Lebensmittelkontrolle umzusetzen („werden Konsequenzen ziehen“, „erforderliche Maßnahmen ergreifen“, „Masterplan für das weitere Vorgehen entwickeln“, „konkrete Vorschläge vorlegen“, „Anweisungen für die Behörden vor Ort vereinfachen und die Dokumentation verschlanken“, „Controlling weiterentwickeln“, „es soll geprüft werden, ob die zeitnahe Vorlage von Proben noch weiter beschleunigt werden kann“ etc.). Bisher hat die Staatsregierung jedoch nicht mitgeteilt, wann alle diese Ankündigungen umgesetzt werden sollen. Deshalb ist die Vorlage eines Zeitplans dringend notwendig.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um Ruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig. Der Kollege Kraus hat vorhin gesagt, dass sich die GRÜNEN im Europaparlament enthalten haben. Das ist richtig. Das war bei der Schlussabstimmung. Wir haben natürlich alle Anträge abgelehnt, in denen es um die Verlängerung der Genehmigung gegangen ist. Unser Antrag, das Verbot durchzusetzen, hat keine Mehrheit gefunden. Dann hat unsere Fraktion, wie Frau Schorer-Dremel gesagt hat, all diese Einschränkungen durchgebracht, sei es Sikkation, seien es private Flächen, seien es öffentliche Flächen. Das waren sehr knappe Abstimmungen, teilweise nur mit ein paar Stimmen Unterschied. Um das nicht zu gefährden, um nicht am Schluss die ganze Abstimmung zu kippen, haben sich die GRÜNEN im Europaparlament bei der Schlussabstimmung enthalten. Das ist der Grund: Man wollte diese wenigen Verbesserungen, die man hier erreichen konnte, nicht gefährden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11038 "Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit" namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Urnen bereitzustellen. – Danke schön. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten. Bitte geben Sie Ihre Stimmkarten ab.

(Namentliche Abstimmung von 16.53 bis 16.58 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird wie immer später bekannt gegeben. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11077 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11041 sowie 17/11043 bis 17/11045 und 17/11078 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit sind wir am Ende der Beratung der Dringlichkeitsanträge für die heutige Plenarsitzung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen", Drucksache 17/11037 haben mit Ja 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 51. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "G9 jetzt!", Drucksache 17/11040 haben mit Ja 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen 14. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Symbolische Entschädigung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter schnell und angemessen umsetzen (Drs. 17/9366)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Danke schön, Frau Präsidentin. – Warum haben wir diesen Antrag jetzt gestellt? Ich darf Ihnen zunächst einmal die Antwort von Christian Knauer vorlesen. Er ist BdV-Vorsitzender von Bayern. Er schreibt zu unserem Antrag: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht hilfreich. – Das heißt, der Bund der Vertriebenen unterstützt diesen

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.05.2016 **Drucksache** 17/**11935**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**11078**

Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Rosi Steinberger**
Mitberichterstatter: **Eric Beißwenger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 51. Sitzung am 12. Mai 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.06.2016 **Drucksache** 17/**12197**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**11078**, 17/**11935**

Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schnellstmöglich den geplanten Zeitplan vorzulegen, wann jeweils welche der von der Staatsregierung genannten Schritte für eine neue Struktur und Organisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung im Freistaat Bayern erfolgen sollen und bis wann diese Neuorganisation abgeschlossen sein wird.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Florian von Brunn
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Eric Beißwenger
Abg. Benno Zierer
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Staatsministerin Ulrike Scharf

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen jetzt zur gemeinsamen Beratung des **Tagesordnungspunktes 11** und der **Nummer 26** der Anlage zur Tagesordnung.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Wann folgen Konsequenzen aus dem ORH-Gutachten? Bericht über die Ergebnisse der Projektgruppe und interministeriellen Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Verbraucherschutzes (Drs. 17/11043)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung (Drs. 17/11078)

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) zur Geschäftsordnung)

– Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten ein sehr wichtiges Thema, nämlich das ORH-Gutachten. Wir sind schon der Meinung, dass bei der Bedeutung dieses Themas die zuständige Fachministerin anwesend sein sollte. Deswegen beantragen wir nach § 176 der Geschäftsordnung die Herbeirufung der Ministerin. Sie sollte dieser Debatte beiwohnen; denn sie sollte schon wissen, was dieses Haus zu diesem Thema zu sagen hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gibt es eine Gegenrede?

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir widersprechen!)

Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Über das Thema ist bereits mehrfach diskutiert worden. Es geht jetzt um Anträge auf Berichte. Wir werden diesen Anträgen entgegen dem Ausschussvotum zustimmen. Wir sehen keinen Bedarf, dass die Ministerin anwesend ist. Es wird einen umfangreichen Bericht zu dieser Thematik geben. Wieso die Ministerin jetzt bei reinen Berichtsanträgen anwesend sein soll, verstehen wir nicht.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Missachtung des Parlaments!)

Wir werden den Geschäftsordnungsantrag deshalb ablehnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Hinweis: Wir sind in der Tagesordnung heute erfreulicherweise wesentlich schneller vorangekommen. Deshalb ist es verständlich, wenn die Ministerin nicht anwesend ist, denn man konnte nicht damit rechnen, dass der Antrag so früh aufgerufen wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach § 176 Absatz 1 der Geschäftsordnung lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, die Ministerin herbeizurufen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Herr Präsident, sie kommt gleich!)

Die Ministerin ist da. Dann kann ich nochmal auf meinen Vortrag zurückkommen. Die Ministerin ist anwesend. Damit ist der Antrag ohnedies gegenstandslos. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege von Brunn von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind fast fünf Monate vergangen, seit der Bayerische Oberste Rech-

nungshof – ORH – sein Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung vorgelegt hat. Die zuständige Staatsministerin hat dazu am 17. Februar 2016 öffentlich erklärt: "Wir werden zügig einen Masterplan für das weitere Vorgehen entwickeln. Wir werden handeln." – Sehr geehrte Frau Ministerin Scharf, was verstehen Sie eigentlich unter "zügig"? – Das sollten Sie dem Landtag und der Öffentlichkeit nach fünf Monaten hier und heute erklären.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat im Februar dieses Jahres im Plenum von der Staatsregierung die rasche Vorlage eines Zeitplans für die Umsetzung der vom Rechnungshof geforderten Reparaturen und Verbesserungen sowie einen Plan für die Organisationsreform, die der ORH vorgeschlagen hat, gefordert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der ist abgelehnt worden!)

Wir haben Sie außerdem dazu aufgefordert, dem Landtag mindestens zwei Mal im Jahr über ihr Fortkommen zu berichten. Seitdem haben Sie den Bayerischen Landtag aber nur hingehalten und hinter vorgezogenen Vorhängen gesprochen und verhandelt. Über die Ergebnisse dieser Gespräche haben Sie weder den Landtag noch die Öffentlichkeit in ausreichendem Maße informiert. Ich frage Sie: Halten Sie dieses Vorgehen für transparent?

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Tagen haben wir dann bruchstückhaft aus der Presse erfahren, dass Sie den favorisierten Vorschlag des Obersten Rechnungshofes für eine Strukturreform, das sogenannte Modell 5 mit Komplettverlagerung, offensichtlich in den Papierkorb geworfen haben, obwohl Sie ihn im Umweltministerium ursprünglich selbst für die beste Lösung gehalten haben. In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Soll dieses intransparente Hin und Her, dieser Zick-Zack-Kurs, diese Unfähigkeit, einen klaren Kurs zu halten, Ihren angekündigten Masterplan darstellen? – Der Bayerische Landtag und

die bayerische Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf, von Ihnen endlich reinen Wein eingeschenkt zu bekommen und den großspurig angekündigten Masterplan hier im Haus vorgelegt zu bekommen. Wann hören wir von Ihnen endlich Klartext? Wann sagen Sie uns, was Sie von den Vorschlägen des ORH umsetzten wollen?

(Beifall bei der SPD)

Gerade angesichts der öffentlichen Debatte, die Ihre Hintergrundgespräche ausgelöst haben, sollten Sie den Bayerischen Landtags unverzüglich über ihre Pläne aufklären. Sie sollten darlegen, warum Sie von den Empfehlungen des Obersten Rechnungshofes abrücken und statt einer mutigen Reform nur eine mutlose Minireform planen. Sie sollten aber vor allem über die 13 Punkte sprechen, die Ihnen der Oberste Rechnungshof als drängende und kurzfristige Hausaufgabe aufgegeben hat. Ich möchte Sie an einige relevante Punkte erinnern: Da sind die Defizite bei Anzahl und Turnus der Kontrollen. Was ist mit der Schweinemast, bei der Sie mit ihren Behörden noch nicht einmal die Hälfte des Solls erreichen, die der ORH in seinem Gutachten festgestellt hat? Haben Sie das Problem inzwischen abgestellt? – Dazu haben wir von Ihnen in den letzten Monaten überhaupt nichts gehört. Wann liefern Sie hier eine Lösung?

Noch ein Stichwort, nachdem Sie gerade erst mit den Landräten zusammengesessen sind und diskutiert haben. Der Oberste Rechnungshof hat auch moniert, dass es bereits vor 16 Jahren die Empfehlung gab, die Veterinäre, die Lebensmittelkontrolleure und den Vollzug an den Kreisverwaltungsbehörden in einer Organisationseinheit zu bündeln. Heute, 16 Jahre später, wird das noch nicht einmal in einem Viertel der Landratsämter praktiziert. Haben Sie dieses Defizit zur Sprache gebracht? Wenn ja, zu welcher Lösung des Problems sind Sie gekommen?

In diesem Zusammenhang darf auch ein weiterer wesentlicher Aspekt nicht unerwähnt bleiben. Der Rechnungshof hat auch darauf hingewiesen, dass es bei der Meldung der Ergebnisse der Eigenkontrollen, die gerade in letzter Zeit immer wieder kritisiert worden sind, Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Der Eingang dieser Meldungen wird

von den Kreisverwaltungsbehörden nicht einheitlich überwacht. War das Inhalt Ihrer Gespräche mit den Landräten? – Wir möchten gerne wissen, was Sie erreicht haben, um dieses Defizit abzustellen.

Im Februar dieses Jahres haben wir Ihnen hier gesagt, dass wir nicht das übliche CSU-Vorgehen erleben wollen. Das hat es bisher nach jedem Lebensmittelskandal gegeben: Es wird mit großspurigen Vorschlägen und Maßnahmenkatalogen an die Öffentlichkeit gegangen, doch dann kommt wenig bis gar nichts dabei heraus. Ich darf Ihnen heute sagen; es überzeugt uns genauso wenig, wenn Sie Masterpläne und Konzepte ankündigen, dann aber nur mickrige Vorschläge und faule Kompromisse herauskommen. Wir fordern Sie deshalb heute noch einmal eindringlich dazu auf, dem Bayerischen Landtag umgehend und umfassend über die Ergebnisse zu berichten. Legen Sie uns die Konzepte vor, die Sie bisher schuldig geblieben sind. Kurzum, wir verlangen von Ihnen Transparenz und echten Reformwillen statt heißer Luft und faulen Kompromissen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das System der Lebensmittelkontrolle in Bayern muss reformiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das steht außer Frage. Das ist aber auch ein Erfolg der Opposition im Bayerischen Landtag. Wenn wir nicht gewesen wären, hätte der Bayern-Ei-Skandal keine Folgen gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CSU: Oh mei!)

Wenn es nach der CSU gegangen wäre, hätte man die Missstände in der Lebensmittelkontrolle einfach ignoriert. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber nun soll es deutlich besser werden. Das wurde im Parlament festgestellt. Deshalb möchte das Parlament dabei auch mitreden. Aus diesem Grund wurde in der Plenarsitzung am 17. Februar 2016 eine Anhörung beschlossen. Diese Anhörung wird am 27. Oktober dieses Jahres stattfinden. Zugegeben, das dauert sehr lange, aber im Umweltausschuss wurde leider kein besserer Termin gefunden. Die Fraktionen sind gerade dabei, den Fragenkatalog zu entwerfen und Sachverständige einzuladen. In diesen Abstimmungsprozess platzte nun wie eine Bombe die Nachricht, die Staatsregierung habe sich mit den Landräten bereits geeinigt. Die Lebensmittelüberwachung für lokale Erzeuger soll weiter bei den Landratsämtern bleiben. Nur Risikobetriebe sollen in die Kontrolle der Bezirksregierungen übergehen. Wer aber diese Risikobetriebe benennt, das ist nicht klar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bezeichne ich als eine deutliche Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben die Reformen angestoßen. Wir wollen deshalb auch bei der Umsetzung ein Wort mitreden. Ich verstehe, dass die Landräte keine Kompetenzen abgeben wollen. Es macht vielleicht auch Sinn, nicht alle Betriebe von Zentraleinheiten kontrollieren zu lassen. Die Entscheidung darüber, welches System das Beste ist, kann aber nicht in einer Absprache zwischen der Staatsregierung und den Landräten getroffen werden. Liebe Frau Ministerin, so geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wehren uns auch dagegen, dass das Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Unser Antrag für einen Zeitplan wurde im Umweltausschuss leider abgelehnt. Die GRÜNEN wollten einen Zeitplan vorgelegt bekommen, wann mit der Umsetzung

des ORH-Gutachtens zu rechnen ist. Es wurde uns bereits ein Masterplan angekündigt. Den möchten wir nun auch gerne sehen. In diesen Zeitplan soll auch die Anhörung des Umweltausschusses eingebettet sein. Eine grundlegende Neuorganisation der Lebensmittelüberwachung in Bayern ist schließlich kein Pappenstiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind bereit, unseren Beitrag zu dieser Reform zu leisten. Wenn Sie nun aber im Alleingang ein Reförmchen auf den Weg bringen, mit dem Sie keinem wehtun wollen, am wenigsten den Landräten, dann habe ich die Befürchtung, dass gute Ansätze im Keim stecken bleiben. Dabei will ich den Landratsämtern durchaus nicht ihre Kompetenz absprechen. Das bisherige System hat aber grundlegende Mängel, die durch die Auslagerung einiger weniger Großbetriebe nicht behoben werden.Das ORH-Gutachten hat in relativ kurzer Zeit eine ganze Reihe von Mängeln aufgezeigt. Diese Mängel müssen abgestellt werden. Ich möchte nur erwähnen: die Anzahl der Kontrollen, die Koordination der Kontrollbehörden, die Rotation der Amtstierärzte, die Überwachung der Eigenkontrollen usw. Es kann nicht sein, dass es nach der Auslagerung von ein paar Risikobetrieben, die die Landräte natürlich selber gerne loswerden wollen, mit dem Rest so weitergeht wie bisher. Deshalb fordern wir: Lassen wir uns den Zeitplan vorlegen! Machen wir eine Reform aus einem Guss, und nehmen Sie, Frau Scharf, das Parlament mit! Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider müssen wir das aber immer wieder einfordern.

Natürlich ist es notwendig, seitens der Staatsregierung bereits jetzt Vorschläge zu erarbeiten, die dann in der Anhörung besprochen und von den geladenen Experten bewertet werden können. Aber das dürfen eben nur Vorschläge sein, keine Festlegungen, sonst ist die Anhörung sinnlos, und der Landtag wird übergangen.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Es wurde ja schon Zustimmung signalisiert. Das freut mich sehr. Damit zeigt das Parlament etwas mehr Selbstbewusstsein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Nur noch eine kleine Anmerkung: Unser Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11078 wird abgeändert. Es heißt im Text nicht mehr "… schnellstmöglich einen konkreten Zeitplan vorzulegen, …", sondern "… schnellstmöglich den geplanten Zeitplan vorzulegen, …". Das hat die CSU-Fraktion so gewünscht. Dem entsprechen wir gerne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun der Kollege Beißwenger von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ORH hat für sein Gutachten eine Bestandsaufnahme der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung durchgeführt. Er hat geprüft, ob die Strukturen und die Organisation in diesem Bereich verbessert werden können, auch im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Anforderungen an die Überwachungstätigkeit. Damit befasst sich auch die interministerielle Arbeitsgruppe "Veterinärüberwachung und Lebensmittelsicherheit". Sie soll Vorschläge vorlegen, mit denen sich anschließend das Kabinett befassen wird. Hierbei geht natürlich Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Bei einer Neustrukturierung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung müssen aber auch Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden, die im ORH-Gutachten gar nicht erwähnt werden, und zwar die Aufgaben, die die Veterinäre vor Ort erfüllen: tierschutzrechtliche Fragen beantworten, Anzeigen von Tierschutzverstößen nachgehen, Fragen zur Landwirtschaft beantworten, Beratung und vieles mehr.

Die geplante Struktur der Veterinärverwaltung sollte wie folgt aussehen: Das Normalgeschäft bleibt bei den Landratsämtern, das Spezialgeschäft wird stärker konzentriert. Die Spezialeinheit am LGL bleibt für die schwierigen Fälle, wenn ich sie so nennen

darf, erhalten. Das heißt, die Landratsämter werden das Normalgeschäft behalten, das Spezialgeschäft aber abgeben. So hat sich das auch bei konstruktiven Gesprächen mit den Landratsämtern und den Landräten ergeben. Die CSU-Fraktion hat ebenso auf diese Lösung hingearbeitet: eine Mischung aus erforderlicher Präsenz vor Ort, einer Verwaltung so nah wie möglich an der Basis, und Betreuung und Kontrolle von Großbetrieben mit einem überregionalen Verbreitungsgebiet oder entsprechender Größe.

Eine Unterscheidung bei der Kontrolle von Groß- und Risikobetrieben auf der einen Seite und von Kleinbetrieben auf der anderen Seite hat meiner Meinung nach absolut Sinn. Die Kontrolle sogenannter Risikobetriebe, zum Beispiel großer Legehennenhaltungen oder Geflügelmastbetriebe, von Großbäckereien und großen Schlachtbetrieben, im Grunde von Großbetrieben mit einem überregionalen Verbreitungsgebiet, sollte zukünftig mit größeren spezialisierten, interdisziplinär zusammengesetzten Teams erfolgen.

Ich will mich hier nicht auf einen Namen festlegen. Das wurde schon erwähnt. Die Bezeichnung als Risiko- oder Spezialbetrieb ist nur ein Arbeitstitel. Auch an der Größe und der Zahl der Mitarbeiter kann nicht festgemacht werden, was künftig ein Spezial- und was ein Normalbetrieb ist. Bei aller Abgrenzung sollte man flexibel bleiben; denn ein Betrieb, der in einem Jahr in eine bestimmte Sparte fällt, kann durch Veränderungen, zum Beispiel in der Größe, in einem anderen Jahr in eine andere Sparte fallen.

Die Überwachung von Normalbetrieben vor Ort, zum Beispiel von Metzgereien und Bäckereien, aber auch die arbeitsintensive Vor-Ort-Betreuung und Beratung landwirtschaftlicher Betriebe nach dem Tierseuchenrecht, Arzneimittelrecht etc., die qualifizierte Betreuung landwirtschaftlicher Direktvermarkter, die zeitnahe Sicherstellung der Tierschutzbelange vor Ort, die Kontrolle bei Vereinsfesten usw. sollte weiterhin von den in die Landratsämter integrierten Veterinärämtern sichergestellt werden. Dies ist der Wunsch unserer Fraktion. Die kleinen Betriebe sollen mit Augenmaß behandelt und nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden. Die Kontrolleure sind vor Ort.

Sie haben Detailkenntnisse über die Betriebe und können so am schnellsten einschreiten. Kontrollen müssen auch in Zukunft mit Maß und Ziel erfolgen. Dabei muss immer im Sinne des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit so effizient wie möglich gehandelt werden. Schließlich besteht ein Unterschied, ob der Betreiber einer kleinen Imbissbude oder ein Betrieb mit einer Million Legehennen kontrolliert wird. Beide müssen selbstverständlich die gesetzlichen Vorgaben einhalten.

Gründlichkeit geht aber, wie erwähnt, vor Schnelligkeit. Daher haben wir damals die Anträge im Ausschuss abgelehnt. Zunächst einmal sollte in Ruhe gearbeitet werden können. Die Sachlage hat sich schließlich geändert. Verschiedene Informationen – so nennen wir es einmal – wurden bereits an die Presse weitergegeben. Es wurde auch viel gearbeitet, und wir sind weiter gekommen. Wir werden deshalb beiden Anträgen zustimmen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wird zuerst die Presse informiert und dann der Landtag? Ist das die Reihenfolge?)

Der gesundheitliche Verbraucherschutz gehört zu unseren zentralen Verpflichtungen. In Bayern soll ein bestmögliches Maß an Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Verbraucherschutz gewährleistet werden. Das ist unser aller Ziel. Im Übrigen bin ich trotz allem der Meinung, dass Bayern nicht nur sehr sichere, sondern auch qualitativ sehr hochwertige Lebensmittel hat. – Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich nicht nur unseren Landwirten und Bauern, sondern auch den Veterinären und den Behörden für ihre tägliche Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU)

Auf diverse Zwischenrufe möchte ich noch eingehen. Derjenige, der dazwischen gerufen hat, war Herr Gehring von den GRÜNEN; er unterhält sich aber bereits anderweitig. Ich habe nichts an die Presse weitergeleitet, das möchte ich hier feststellen. Aber wenn es so weit ist und man Fortschritte gemacht hat, dann kann man auch informieren.

Herr von Brunn hat in seinem Plädoyer viel über Transparenz, Offenheit usw. gesprochen. Allerdings hat er in der letzten Ausschusssitzung vom Zwiespalt gesprochen, in dem er bzw. in dem die SPD sich befindet. Gehen wir in Sachen Transparenz und Zwiespalt einen Schritt weiter; ich habe gehört, der Zwiespalt sei so groß, dass sogar mindestens einer der Landräte der SPD dem Fraktionsvorsitzenden der SPD einen Brief geschrieben hat. Mich würde interessieren, ob Sie den auch schon transparent gemacht haben. Er soll einen sehr interessanten Wortlaut haben. Das würde uns doch sehr freuen. Bei Ihren guten Kontakten zur Presse können Sie es gerne weitergeben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun der Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Februar haben wir FREIEN WÄHLER einen Dringlichkeitsantrag eingebracht mit dem Titel "Keine Schnellschüsse! Strukturen in der Lebensmittelüberwachung gezielt weiterentwickeln". Frau Ministerin, das hätten Sie beherzigen sollen. Dann hätten Sie sich die Blamage mit Ihren Landräten und die negativen Schlagzeilen ersparen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass die Landkreise die Komplettverlagerung der Zuständigkeiten ablehnen, war ja bekannt und auch richtig, spätestens seit der Stellungnahme des Landkreistages zum ORH-Bericht vom März. Die Landkreise haben gute Argumente für ihre Positionen – aber dazu komme ich später. Frau Ministerin, Sie hätten sich mit den Fachbehörden und den Landräten abstimmen sollen, bevor Ihr Haus in diesem entscheidenden Punkt den Empfehlungen des ORH gefolgt ist.

Wir haben uns die Argumente der Landräte angehört. Wir haben uns die Argumente der Veterinäre angehört und sie bewertet. Das Ergebnis war unser Antrag, der in der letzten Sitzung des Umweltausschusses behandelt worden ist. Aber, Herr Beißwenger, Sie und Ihre Kollegen haben unseren guten Antrag abgelehnt. Das ist nichts Neues. In diesem Fall wären Sie aber besser beraten gewesen, wenn Sie sich bei den Praktikern vor Ort umgehört hätten;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn oft schreibt die CSU unsere Anträge ab.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU)

Aber Respekt, Frau Ministerin Scharf, Sie haben es als Erste geschafft, unseren Antrag Wort für Wort umzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Verhandlungsergebnis ist richtig. Ihm liegt unser Antrag zugrunde, und ich danke Ihnen für die Umsetzung unseres Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Kontrolle von Regional- und Kleinbetrieben bleiben in Zukunft die Kreisverwaltungsbehörden zuständig. Das macht Sinn. Für die Kontrolle der kleinen Landmetzgereien muss man keine Außenstellen der Bezirksregierungen schaffen, die dann für drei Landkreise zuständig wären. Das wäre Blödsinn.

Noch ein Beispiel. Die Lebensmittelkontrolleure, die am Wochenende Hygienekontrollen bei Dorffesten machen, müssen auch nicht zentral von der Regierung kommen. Das wäre absoluter Realitätsverlust. Und was würden unsere Landwirte sagen, wenn der amtliche Veterinär nicht mehr vor Ort wäre? Es gäbe nur Kopfschütteln.

Eines steht fest, meine Damen und Herren: Wir müssen aus den Fällen um Bayern-Ei lernen. Aber gerade diese Fälle haben gezeigt, dass unser Problem nicht der kleine Landwirt, nicht der Bäcker mit drei Filialen oder das Dorfwirtshaus ist. Es geht um Großbetriebe mit Zigtausenden von Tieren, die es auch in Bayern gibt und deren Produkte in Europa und auf der ganzen Welt vermarktet und vertrieben werden. Wenn wir eine Reform der Strukturen angehen, sollten wir uns darauf konzentrieren, dass die Kontrolle dieser Risikobetriebe effektiv läuft.

Für die Landratsämter war die Kontrolle dieser Betriebe eine Mammutaufgabe, der sie nicht gerecht wurden. Dass sie davon entlastet werden, ist richtig. Nun können sie sich auf ihre Kernaufgaben vor Ort konzentrieren und diese auch richtig erfüllen.

Den Anträgen der SPD haben wir im Ausschuss zugestimmt. Auch wir wollen wissen, was in den Arbeitsgruppen, die im Februar eingesetzt wurden, konkret und im Detail herausgekommen ist. Intransparenz ist hier fehl am Platz. Es gibt ja nicht nur die Frage nach den Zuständigkeiten der Landratsämter und Regierungen. Es gibt eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen aus dem ORH-Bericht, die eigentlich vorher angegangen werden sollen. Wie sieht es mit den Dokumentationspflichten aus? Wie will man sie vereinfachen? Was lässt sich bei der Fortbildung verbessern? – Das sind nur einige Fragen, auf die es noch keine Antworten gibt. Diese Antworten wollen wir bald, und wir wollen auch sehen, dass es dazu in der Praxis Verbesserungen gibt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich habe noch 30 Sekunden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Aber passen Sie auf!

(Allgemeine Heiterkeit – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das war die erste Mahnung!)

Oft liegen die Zettel auf der Uhr.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich wollte eigentlich nur zum Ausdruck bringen, dass wir dem Antrag der SPD zustimmen werden, weil er genau richtig ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unsere Anträge sind immer richtig!)

Aber wir glauben nicht, dass wir noch Zeit brauchen, wie es die GRÜNEN fordern. Wir wollen Ergebnisse sehen, und wir wollen Fortschritte sehen. Das ist das Wichtigste.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie dürfen dableiben. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Schorer-Dremel.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Geht das von der Zeit ab?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, es geht neu los, keine Sorge.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich habe es genau auf die Sekunde geschafft.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zwei Minuten und zwei Minuten. – Jetzt Frau Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da Sie aus der letzten Umweltausschusssitzung vom 16. Juni zitiert haben, gehe ich davon aus, dass Ihnen das Protokoll bekannt ist, Herr Kollege. Wenn nicht, darf ich einen Redebeitrag des Herrn Abgeordneten Beißwenger aus dem Protokoll der letzten Sitzung zitieren:

> Der Antrag werde abgelehnt, weil er zum falschen Zeitpunkt komme. Dem Inhalt des Antrags stehe die CSU nicht entgegen.

Ich wollte nur Ihrer Erinnerung auf die Sprünge helfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zum falschen Zeitpunkt?!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, Sie haben eine Formulierung verwechselt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unglaublich!)

Die falsche Gruppierung hat den Antrag gestellt. Wenn Sie den Antrag gestellt hätten, hätten wir mit Freude zugestimmt. Aber weil der Antrag von uns gekommen ist, hat er eben wieder einmal abgelehnt werden müssen. Das sind doch Tatsachen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So war es! Falscher Zeitpunkt, da lache ich ja!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Sie dürfen wieder Platz nehmen. – Jetzt bitte ich Frau Staatsministerin Scharf zum Rednerpult.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwarz und Weiß, das sind die Farben, die die Kollegen von der SPD kennen. Wo andere verantwortlich den Weg in die Zukunft beschreiten, stehen Sie zornig am Wegesrand und rühren in der ewig dünnen Suppe der Parteipolitik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein guter Redenschreiber!)

Das Suppenrezept der Opposition lautet: Fordere 200 % und beschwere dich, egal, was herauskommt, auch wenn 100 % erfüllt sind. Gesinnungsopposition in ihrer einfachsten und ihrer fundamentalsten Form, pauschale Diffamierung gibt es noch dazu frei Haus! – Herr von Brunn, Sie scheuen sich offenbar auch nicht einmal vor einem Amoklauf in Ihrer eigenen Partei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer im Glashaus sitzt!)

Ich möchte Sie an etwas erinnern. Ihre SPD-Ikone Heinrich Trapp hat sich als Landrat sowohl in Interviews als auch im Dingolfinger Kreistag stets vor seine Mitarbeiter gestellt. Vor drei Wochen hat ihn Ihr Landesvorsitzender persönlich ausgezeichnet, ihn für seine Kompetenz gelobt und ihm Grundsatz- und Prinzipientreue bescheinigt – ich zitiere –, wenn es darum geht, sich für die besten Lösungen für die Menschen einzusetzen. Aber was machen Sie? – Sie stellen vom Volk gewählte Landräte von Berchtesgaden bis nach Aschaffenburg, von Lindau bis nach Hof unter einen Generalverdacht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Zur Sache! Wie wäre es mit einer Aussage zur Sache? Das wäre gut!)

Ich darf aus Ihrer Pressemitteilung vom Montag zitieren: "Da wird schon wieder gemauschelt, da geht es um Macht und Einfluss statt um den Kampf für mehr Lebensmittelsicherheit."

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer zur Sache nichts zu sagen hat, sagt etwas anderes!)

Über die Parteigrenzen hinweg kann ich Ihnen sagen: Das ist aus Respekt vor den Landräten in Bayern, und zwar allen Landräten, auch denen der SPD, nicht hinnehmbar.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da klatscht nicht einmal die CSU!)

Ich wette, dass Ihr Generalangriff auf unsere Landräte nichts als parteiübergreifendes Kopfschütteln hervorruft.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen auch, das Bild, das wir hier im Hohen Haus abgeben, ist nicht hinnehmbar. Statt fair und gemeinsam die besten Lösungen zu suchen, ist und bleibt es Ihr Mittel, den persönlichen Angriff auszupacken. Das ist schade.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wann kommen Sie endlich zur Sache?)

Aber zum Glück schadet es überhaupt nicht in der Sache. Wir sind uns mit den Landräten, und zwar mit allen Landräten, einig, dass die Struktur in der Lebensmittelüberwachung geändert werden muss, und sie wird geändert.

Meine Damen und Herren, Lebensmittelsicherheit ist aus meiner Sicht keine Verhandlungssache. Da kann es keine Abstriche geben. Aber es gibt immer mehrere Wege, die die Lebensmittelsicherheit am Ende gewährleisten. Ich erinnere daran, dass es die

Bayerische Staatsregierung war, die das Gutachten beim Obersten Rechnungshof in Auftrag gegeben hat. Dieses Gutachten lag am Freitagabend – es war der 12. Februar – vor, und wir haben von der ersten Sekunde an größte Verantwortung gezeigt. Wir haben das Gutachten unverzüglich und unverändert veröffentlicht. Wir haben eine Projektgruppe beauftragt, die 13 Punkte des ORH-Gutachtens abzuarbeiten, und wir haben eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Organisation der Lebensmittelüberwachung reformieren soll.

Ich habe schon am 11., 12. und 13. Januar, also noch vor dem Gutachten, mit allen, den Regierungspräsidenten, den Bürgermeistern, den Vertretern der kreisfreien Städte und den Landräten, gesprochen. Bei allen Terminen habe ich darum gebeten – ich zitiere mich selber –: Ich bitte Sie alle um Ihre aktive Mitarbeit und Ihre Mithilfe, wenn es darum geht, die Ergebnisse des ORH wirklich umzusetzen. Ich habe gesagt, dass wir gemeinsam in der politischen Verantwortung stehen. Herr von Brunn, wenn ich das sage, meine ich es auch so. Ich weiß nicht, wie man sich in der urdemokratischen SPD die Diskussion um eine Reform vorstellt. Ich jedenfalls behaupte, auch aus persönlicher Erfahrung: Man hat absolut null Erfolg, wenn man sich nicht mit allen Beteiligten an den Tisch setzt und die Themen durchdiskutiert.

Deswegen habe ich vor dem Gutachten, aber auch nach dem Gutachten mit allen gesprochen. Grundlage für die Gespräche nach dem Gutachten war mein Modell "7 plus 25", also die Bündelung an den Regierungen mit 25 Außenstellen, das ich in die Diskussion gebracht habe. Dazu hat ein Großteil der Landräte am 22. Juni, also letzte Woche – so stand es auch in der am Montag veröffentlichten Pressemitteilung des Landkreistages –, gesagt: Ja, wir akzeptieren, dass die Zuständigkeit für Groß- und Risikobetriebe von den Landratsämtern weggeht; aber was die Kleinbetriebe anbelangt, bekennen wir uns zu unserer Verantwortung; wir möchten an den kleinen Betrieben möglichst nah dranbleiben, weil wir Lebensmittelsicherheit unter anderem auch durch Beratung gewährleisten. – Ich werde die Landräte jetzt nicht dafür beschimpfen, dass ich sie darum gebeten habe, mitzuarbeiten und voranzugehen. Ganz im Gegen-

teil freue ich mich persönlich über das Bekenntnis der Landräte zu ihrer Verantwortung beim Veterinär und bei der Lebensmittelüberwachung. Ich danke den Landräten, vor allen Dingen auch ihrem Präsidenten Christian Bernreiter.Er hat mir bestätigt – das ist jetzt ganz wichtig –: Alle 71 Landrätinnen und Landräte stehen hinter der geplanten Änderung. Ich betone noch einmal: alle, auch die von der SPD, von den GRÜNEN, von den FREIEN WÄHLERN. Ich denke, es braucht nicht mehr, um zu zeigen, dass die Landtags-SPD wieder einmal politisch völlig isoliert dasteht.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir sehen an diesem Reformprozess – ich betreibe ihn wirklich mit großer Ernsthaftigkeit – einmal mehr: Der Fortschritt ist nur dann möglich, wenn drei Dinge zusammenkommen, nämlich ein parteiübergreifender Weitblick, die Fähigkeit zu konstruktivem Miteinander und vor allen Dingen der gemeinsame Wille zur Gestaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen heute als Zwischenergebnis vermelden: Wir sind mit dem Ministerpräsidenten und den betroffenen Ressortkollegen, den Verbänden und den Landräten in Bayern auf einem gemeinsamen und auf einem sehr guten Weg.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Er ist deshalb wirklich gut, weil wir jetzt einen großen, parteiübergreifenden Konsens haben, was die Lebensmittelüberwachung der Zukunft betrifft. Ich zitiere noch einmal die Pressemitteilung von Herrn von Brunn vom Montag. Er spricht – das trifft es genau – von strengen und unabhängigen Kontrollen, vor allem bei den Großbetrieben.

Die Frage nach dem Risiko für die Verbraucher ist für mich die ganz entscheidende Frage, wenn es um die Lebensmittelsicherheit geht. Ich sage Ihnen hier und heute: Wir werden diese Frage mit unserer Reform auch klar beantworten. Die Zuständigkeit für die Kontrolle der Risikobetriebe, der Großbetriebe, wird zentralisiert, unsere erfolgreiche und bewährte Spezialeinheit am LGL werden wir erhalten, und wir handeln mit

Augenmaß, indem wir bei Gemüsehändlern und beim Metzger um die Ecke nicht mit großen, hoch spezialisierten Teams anrücken, sondern die Kontrolle bei den Landratsämtern lassen.

Wir entscheiden uns damit für einen Vorschlag aus dem ORH-Gutachten. Wir werden diesen gezielt weiterentwickeln und verbessern. Ich bin überzeugt davon, dass der Zeitplan jetzt eingehalten wird, sodass auch Sie Geduld aufbringen sollten. Ich werde dem Kabinett noch im Juli die Eckpunkte für einen Reformvorschlag vorlegen. Dann arbeiten wir die Details aus, wiederum in Abstimmung mit allen Betroffenen. Das ist meine Vorstellung von einer großen Reform, auch von der Akzeptanz einer großen Reform. Wir werden wiederum nach dem Prinzip vorgehen, von dem ich in diesem Haus schon einmal gesprochen habe:

(Florian von Brunn (SPD): Zügig, oder?)

Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Ich möchte eine Reform, die im Großen wirkt, aber bis ins Kleine überzeugt, eine Reform, die von A bis Z durchgedacht ist, von A wie Augenmaß bis Z wie Zukunftsverantwortung.

Ich bitte Sie noch einmal, hieran mitzuwirken. Ich denke, dass wir jetzt gemeinsam den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult für zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst hat Herr Kollege von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, zu Ihren Ausführungen zwei Rückfragen: Nachdem die CSU-Fraktion jetzt den beiden Berichtsanträgen zustimmen will, möchte ich wissen, ob das 13-Punkte-Programm und die Behebung dieser Defizite auch Teil des Berichts, den Sie abgeben werden, sein werden. – Dann würde ich gerne, nachdem Großbetriebe angesprochen worden sind, von Ihnen wissen, welche

Kriterien Sie denn zugrunde legen, um die Betriebe auszusuchen, die die Spezialeinheit kontrollieren soll.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr von Brunn, der 13-Punkte-Plan befindet sich in der Umsetzung. Sie haben erstens die Frage angesprochen, wie es innerhalb der Kreisverwaltungsbehörden, innerhalb der Landratsämter, mit dem Vollzug der Lebensmittelüberwachung ausschaut. Die Landräte selbst, an ihrer Spitze der Präsident, haben erklärt, sie würden sich darum bemühen, dies möglichst bald umzusetzen, weil die Sinnhaftigkeit dieser Struktur erkannt worden ist.

Zweitens fragten Sie nach der Abgrenzung. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Abgrenzung nicht nach Mitarbeiterzahl oder Umsatzgröße, sondern nach Komplexität, Vertriebswegen und Außenhandelsbeziehungen vornehmen sollten. Hierüber werden wir wieder, so wie ich es gerade erwähnt habe, mit den Landräten ins Gespräch kommen und gemeinsam feststellen, wie eine Abgrenzung erfolgen kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, in Ihrer Aufzählung haben Sie A und Z erwähnt; Sie haben nur E, die Erinnerung, vergessen. Sie waren es doch, die den Landräten, den Landratsämtern jegliche Kompetenz abgesprochen hat und den Landratsämtern diese Dinge wegnehmen wollte. Erst aufgrund der Androhung, bei den Landratsämtern Hausverbot zu bekommen, haben Sie unseren Vorschlag aufgegriffen und ihn umgesetzt.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Widerspruch bei der CSU)

Dafür habe ich Sie vorhin auch gelobt. Das war der richtige Weg. So sollten Sie auch weitermachen. Aber es ist bedauerlich, dass Ihre Einsicht erst aufgrund des dortigen

Aufstands gekommen ist. Wären Sie unserem Vorschlag gleich gefolgt, hätte es das nicht gebraucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Lieber Kollege Zierer, ich weiß nicht, welche Umgangsformen Sie mit Ihren Kollegen Landräten pflegen. Ich habe im Gespräch mit allen festgestellt, dass eine konstruktive, gute Arbeitsatmosphäre dazu führt, dass man zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt, das von allen getragen wird und das vor allen Dingen die Akzeptanz einer solchen Reform und entsprechend auch deren Erfolg verspricht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr von Brunn, haben Sie sich noch einmal gemeldet? – 57 Sekunden!

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eines klarstellen. Wir haben eine andere Sichtweise als manche Landräte, aber wir haben keinen Landrat angegriffen, sondern Sie, die Staatsregierung, kritisiert, weil Sie von einer begründeten Position, die Sie hatten, abgewichen sind. Das ist ein ganz anderer Sachverhalt als der, den Sie dargelegt haben.

Herr Kollege Beißwenger, Sie haben doch die E-Mail schon bekommen. Wir brauchen sie doch gar nicht mehr offenzulegen. Was wollen Sie denn?

Wenn sich jemand um Transparenz Sorgen machen sollte, dann die CSU und die Staatsregierung. Ich erinnere daran, dass eine Behörde in Bayern von Journalisten, die zu Bayern-Ei Auskunft verlangt haben, 25.000 Euro Gebühren für eine Auskunft nach dem Verbraucherinformationsgesetz haben wollte. Das ist intransparent und Behinderung des Journalismus und der Presse.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Leider bleibt mir keine Zeit mehr. Frau Ministerin, ich hätte schon gern von Ihnen gewusst, wie Sie denn fachlich begründen, dass Sie von Modell 5 abweichen,

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende, Herr Kollege von Brunn!

Florian von Brunn (SPD): das der Oberste Rechnungshof wohlbegründet an die erste Stelle gesetzt hat. Das fehlt mir heute.

(Beifall des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe von der CSU)

– Noch eine?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eine Zwischenfrage!)

– Eine Zwischenfrage ist nicht mehr möglich. Der Redner steht ja nicht mehr am Rednerpult. Eine Zwischenbemerkung können Sie noch machen. Aber dann müssen Sie bitte drücken. Dafür ist der rote Knopf ja da.

(Zurufe von der CSU)

– Es hat sich erledigt? Auch für Frau Schorer-Dremel? – Es hat sich erledigt! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Antrag auf Drucksache 17/11043 – das ist der Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 11 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen?

– Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Wer dem Antrag auf Drucksache 17/11078 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Listennummer 26 – in geänderter Form seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dem Antrag in geänderter Fassung zugestimmt worden.